

8. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2021 – Pressespiegel 20.07.21



<https://www.evangelisch.de/inhalte/188454/15-07-2021/suchtforscher-kritisieren-deutsche-alkohol-und-tabakkontrollpolitik>

Suchtforscher kritisieren deutsche Alkohol- und Tabakkontrollpolitik

Jährlich sterben 40.000 Menschen an den Folgen von Alkoholkonsum, 127.000 starben 2020 an den Folgen des Rauchens. Suchtforscher kritisieren eine falsche Alkohol- und Tabakkontrollpolitik in Deutschland.

15.07.2021 epd -[Leiden und Krankheit](#)

Berlin (epd). Suchtforscher werfen der Bundesregierung Versagen bei der Alkohol- und Tabakprävention vor. Sowohl in Bezug auf die Alkohol- als auch auf die Tabakkontrollpolitik habe Deutschland eine sehr industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung, heißt es in dem am Donnerstag in Berlin vorgestellten 8. Alternativen Drogen- und Suchtbericht. Die gesundheitlichen und sozialen Kosten, die die Gesellschaft dafür zahlen müsse, seien sehr hoch. Herausgeber des Berichts ist der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik akzept e.V., ein Zusammenschluss von 55 Verbänden und Einrichtungen aus Forschung und Praxis.

Am Beispiel der Alkoholkontrollpolitik würden die Versäumnisse sehr deutlich, sagte der Frankfurter Suchtforscher Heino Stöver. Viele Möglichkeiten wie eine sehr viel höhere Alkoholsteuer blieben ungenutzt, um die gesellschaftlichen und sozialen Schäden auf vielen Ebenen abzuwenden. "Wir leiden unter den gesundheitlichen und sozialen Kosten", sagte Stöver. So gehörten alkoholbezogene Unfälle, Gewalttaten, sexuelle Übergriffe und ähnliches mit Abstand zu den größten mit psychoaktiven Substanzen assoziierten Risiken im öffentlichen Raum. "Wir können nicht von einer konsistenten Alkoholkontrollpolitik sprechen", kritisierte Stöver. So würden beispielsweise Werbebeschränkungen bei Alkohol kaum diskutiert.

40.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen von Alkohol, wie der Psychologe Jakob Manthey vom Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie an der TU Dresden sagte. Die Steuern auf Alkohol seien nicht nur zu niedrig, wenn aktuell ein Bier mit fünf Cent und eine Flasche Wodka mit 3,50 Euro besteuert werde. Sie seien auch an die Preisentwicklung nicht angepasst worden, kritisierte Manthey. So sei Alkohol anders als in anderen europäischen Ländern in Deutschland im Laufe der Jahre immer erschwinglicher geworden.

Ähnlich verhält es sich laut Suchtforscher Stöver mit dem Tabakkonsum, dessen Folgen die Gesellschaft jährlich 97 Milliarden Euro kosteten. 127.000 Menschen seien 2020 wegen Rauchens gestorben, mehr als 450.000 müssten jährlich wegen tabakbezogener Probleme in Krankenhäusern behandelt werden. 28 Prozent der Erwachsenen in Deutschland rauchten. Diese Zahlen verdeutlichten "die Wucht des Problems".

Auch die Drogenpolitik kritisieren die Autoren als falsch. Während die Prävention bei den legalen Drogen auf sehr niedrigem Niveau stagniere, drehe sich die Kriminalisierungsspirale bei illegalen Substanzen ungebremst weiter, kritisierte Hubert Wimber, früherer Polizeipräsident von Münster. Mit 365.753 polizeilichen Ermittlungsverfahren seien noch nie so viele sogenannte Rauschgiftdelikte in einem Jahr registriert worden wie 2020. Ganz überwiegend (80 Prozent) sei es dabei lediglich um Eigenbedarf gegangen.

Wimber, der für eine Freigabe von Drogen plädiert, nannte die Strafverfolgung von Drogenkonsum eine "Verschwendung von polizeilichen und justiziellen Ressourcen", ohne dass das Auswirkungen auf die Nachfrage habe. Die Chance auf eine kontrollierte Abgabe werde so vertan.

<https://www.jungewelt.de/artikel/406437.drogenpolitik-gesundheitliche-und-soziale-sch%C3%A4den-verhindern.html>

Junge Welt

[Ausgabe vom 16.07.2021](#), Seite 8 / Inland

Drogenpolitik

»Gesundheitliche und soziale Schäden verhindern«

Report zu Drogen- und Suchtfragen vorgestellt. Verband kritisiert Ausrichtung der Drogenpolitik. Ein Gespräch mit Heino Stöver

Interview: Markus Bernhardt



Am Donnerstag hat der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, Akzept e. V., den »Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2021« vorgestellt. Was behandelt er?

Der Bericht eröffnet eine konstruktiv-kritische Perspektive auf aktuelle Entwicklungen im Drogen- und Suchtbereich. Er informiert über vorbildliche Projekte und innovative Ansätze, weist auf Missstände und Blockaden hin und entwirft Szenarien für eine künftige Drogenpolitik. Dieses Korrektiv ist weiterhin dringend notwendig. Die Bundesrepublik verfügt zwar über ein differenziertes Hilfesystem, doch eine Vielzahl an Möglichkeiten bleibt ungenutzt: Individuen und Gesellschaft könnten weit besser vor Folgen des Drogenkonsums geschützt werden. Ob es um Tabak und Alkohol geht oder um illegale Substanzen: Die Zahl derer, die an den Folgen ihres Drogenkonsums erkranken oder versterben, könnte wesentlich geringer ausfallen. Gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgekosten könnten drastisch sinken. Ein sehr viel effektiverer Einsatz von Ressourcen ist möglich.

Was sind die inhaltlichen Schwerpunkte in Ihrem neuen Bericht?

Schwerpunktthema ist die Alkohol- und Tabakkontrollpolitik in der BRD. Sowohl in bezug auf die Alkohol- als auch auf die Tabakkontrollpolitik hat sie eine sehr industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung.

Ihr Bericht moniert, die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben zu Cannabis als Medizin lasse noch immer auf sich warten. Was ist das Problem?

Zahlreiche Patientinnen und Patienten haben keinen legalen Zugang zu einer Behandlung mit Cannabis-basierten Medikamenten, selbst wenn hierfür ärztlicherseits eine Indikation gestellt wurde. Heute noch wird kriminalisiert, wer die einzig offenstehende Alternative einer Selbsttherapie mit Straßencannabis wählt. Das kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein. Das Betäubungsmittelgesetz wurde geschaffen, um Menschen vor gesundheitlichen Schäden durch Betäubungsmittel zu schützen. Nicht, um kranke Menschen durch strafrechtliche Maßnahmen zu schädigen.

Welche Forderungen ergeben sich für Sie daraus?

Apothekenpreise für Cannabisblüten müssen deutlich gesenkt werden. Von der 2019 getroffenen Regelung zur Kostensenkung profitieren einseitig Krankenkassen, nicht Patientinnen und Patienten. Der Genehmigungsvorbehalt der Krankenkassen muss abgeschafft werden, damit die Therapiehoheit in den Händen der behandelnden Ärztinnen und Ärzte bleibt, die Behandlungsindikation nicht länger von Angestellten der Krankenkassen oder Gutachterinnen und Gutachtern des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung gestellt wird.

Im Gegensatz zum Einsatz von Cannabis – auch als Medizin – ist der Alkoholkonsum gesellschaftlich akzeptiert. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Noch immer wirken Vorstellungen »kontrollierten Alkoholgenusses«. Bei vielen Menschen ist der Konsum aber zum Alltag geworden, hat riskante gesundheitliche und soziale Auswirkungen.

Politikerinnen und Politiker haben Angst, ihre potentiellen Wählerinnen und Wähler zu verprellen. So drehen sie überhaupt nicht an der Kontrollschraube, diskutieren nicht einmal politisch intelligentere Kontrollmodelle.

Während der Coronapandemie war eine Flexibilisierung gesetzlicher Vorgaben für Konsumentinnen und Konsumenten sogenannter harter Drogen wie Heroin zu beobachten. Erhoffen Sie sich davon künftig einen pragmatischeren Umgang?

Ja. Änderungen, wie bei der Opioidsubstitution oder beim Umgang mit Straftäterinnen und Straftätern, die Bagatelldelikte begangen haben, zeigen eine Flexibilität, aus der für die Zukunft gelernt werden kann. Das gilt es zu bewahren und auszubauen!

Wie sähe denn eine Drogenpolitik aus, ginge es nach Ihrem Verband?

Der achte Alternative Drogen- und Suchtbericht stellt viele Beispiele und Ideen für eine nachhaltige, ganzheitliche Drogenpolitik vor. Sie müssen umgesetzt werden, um weiteres Leid, weitere gesundheitliche und soziale Schäden und eine weitere Verschwendung von Ressourcen zu verhindern. Drogenpolitik sollte evidenzbasiert sein, sich gesundheits- und nicht industriepolitisch ausrichten.

Welt+ /Drogenpolitik

<https://www.welt.de/wissenschaft/plus232565969/Drogenpolitik-Mehr-Schaden-als-Nutzen.html>

Wie die „Jagd auf Kiffer“ Millionensummen verschlingt

Veröffentlicht am 17.07.2021 | Lesedauer: 6 Minuten

Von Julian Aé

Ein neuer Bericht zeigt, was viele Experten schon seit Jahren befürchten: Eine restriktive Drogenpolitik und die Kriminalisierung von Konsumenten richten mehr Schäden an, als dass sie Betroffenen und der Gesellschaft nützen. Doch was ist die Alternative?

Seit mittlerweile acht Jahren gibt der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik „akzept“ seinen jährlichen „Alternativen Drogenbericht- und Suchtbericht“ heraus – quasi als Pendant zum offiziellen Bericht der Bundesregierung. Am Donnerstag wurde die neue Ausgabe, in der Experten verschiedener Fachgebiete zu Wort kommen, der Öffentlichkeit vorgestellt. Erneut zeigt sich, was viele Suchtforscher und auch Strafrechtler seit Jahren predigen: Eine restriktive Drogenpolitik und die Verfolgung von Konsumenten erzeugt offenbar mehr finanzielle und soziale Schäden, als sie verhindert. Es ist ein Kampf gegen Windmühlen - trotz Drogen-Rekordfunden und einem enormen Ressourcenaufwand von Polizei und Justiz, gelingt es weder Märkte trocken zu legen noch Menschen vom Konsum abzuhalten. Schlimmer noch:

Die Anzahl der drogenbedingten Todesfälle nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Sie hat im Jahr 2020 mit 1581 Fällen einen traurigen 20-Jahres-Höchststand erreicht. Auch die polizeilichen Ermittlungsverfahren zu Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz markieren mit 365.753 Fällen einen neuen Rekord. Der überwiegende Anteil davon sind „konsumnahe Delikte“ zum Eigenbedarf.

Sie betreffen also nicht Dealer oder Drahtzieher, sondern ganz überwiegend einfache Kiffer oder Suchtkranke. Um unglaubliche 66 Prozent haben diese Delikte seit 2012 zugenommen, während der Anstieg bei den „Handelsdelikten“ gerade einmal zehn Prozent beträgt. Von einer regelrechten „Jagd auf Kiffer“ spricht Hubert Wimber, ehemaliger Polizeipräsident von Münster, der sich für eine rationalere Drogenpolitik starkmacht und Mitautor des Berichts ist.

Zudem weist Wimber darauf hin, dass es sich bei einem Großteil der entsprechenden Straftaten um sogenannte Kontrolldelikte handelt – sie seien hauptsächlich durch vermehrte polizeiliche Aktivität zu erklären. Die Kriminalitätsspirale drehe sich bei illegalen Substanzen ungebremst weiter – ohne dass dabei der Konsum vereitelt wird. Das jedenfalls zeigten Erhebungen unter Konsumenten.

Hohe Kosten, zweifelhafter Effekt

So wird im Bericht geschlussfolgert, dass sich das Geschehen am Drogenmarkt weitestgehend unabhängig von den Straftatbeständen des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) vollzieht. „Die steigende Nachfrage nach psychoaktiven Substanzen trifft auf das entsprechende Angebot.“ Das Ziel, potenzielle Konsumenten durch Bestrafung von ihrem Konsum abzuhalten, sei „evident gescheitert“.

Ein weiteres ernüchterndes Ergebnis des offensichtlich aussichtslosen „Kriegs gegen die Drogen“ ist der enorme Aufwand von Ressourcen. Bei Straftaten, die nichts mit Drogen zu tun haben, ergebe sich laut Wimber der Anfangsverdacht zu 90 Prozent durch Anzeigen von Betroffenen oder Zeugen – nicht durch aktive Polizeiarbeit. Bei Verstößen gegen das BtMG kehre sich dieses Verhältnis um, denn es gebe im Regelfall niemanden, der sich als Opferfühle und Anzeige erstatten würde. Also werden die Fälle durch Kontrollen, Razzien, Observationsmaßnahmen oder verdeckte Ermittlungen aufgeklärt, die ebenso zeit- wie kostenintensiv sind. Allerdings haben sie einen Vorteil: Sie garantieren hervorragende Aufklärungsquoten für die Statistik.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts ist die Alkohol- und Tabakkontrollpolitik der Bundesregierung, die im krassen Gegensatz zur grundsätzlich restriktiven Drogenpolitik steht. Kritisiert wird vor allem die industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung, für die die gesamte Gesellschaft einen hohen Preis zu zahlen habe. Viele Möglichkeiten, Schäden durch Alkohol- oder Tabakkonsum abzuwenden, blieben nach wie vor ungenutzt.

Alkoholbezogene Unfälle, Gewalttaten oder sexuelle Übergriffe seien laut dem Bericht mit die größten Risiken im öffentlichen Raum. Werbeeinschränkungen oder eine Anpassung der Besteuerung werden nicht einmal diskutiert – obwohl Alkohol im internationalen Vergleich in Deutschland ausgesprochen billig ist. Ähnlich schätzt der Bericht die Politik in Bezug auf Tabak ein. Über 127.000 Menschen sterben in Deutschland jedes Jahr an den Folgen des Rauchens. Fast eine halbe Million Menschen werden wegen tabakbedingter Störungen in deutschen Krankenhäusern behandelt. Das verursacht unglaubliche Kosten von 97 Milliarden Euro pro Jahr. Auch hier könne man nicht (<https://www.welt.de/themen/tabak/>) von einer „konsistenten, Verhaltens- und Verhältnisprävention nutzenden Kontrollpolitik“ sprechen, kritisieren die Autoren.

Doch wie kann es gelingen, der Probleme mit illegalen Substanzen Herr zu werden? Ist der „Krieg gegen die Drogen“ tatsächlich verloren? Vielleicht könnte eine Null-Toleranz-Politik mit besonders restriktiven Gesetzen das Drogenproblem ja doch lösen. Genau diese Strategie verfolgten die USA seit Beginn der 70er Jahre (<https://www.bpb.de/apuz/rausch-und-drogen-2020/321822/internationale-drogenpolitik-ansatze-und-aktuelle-diskurse>) – mit verheerenden Folgen. Die Gefängnisse füllten sich mit Menschen, die wegen kleinster Mengen inhaftiert wurden, der Kampf um den Markt wurde immer brutaler – es geschah das Gegenteil dessen, was man beabsichtigt hatte. Paradoxerweise sind heute gerade die USA Pionier in der Freigabe von Cannabis zum „Freizeitgebrauch“.

Auch in anderen Ländern lässt sich beobachten, dass selbst drakonische Strafen nicht dazu führen, dass Menschen weniger psychoaktive Substanzen konsumieren oder der Handel mit Drogen eingedämmt wird. Im Iran etwa werden weltweit (https://de.wikipedia.org/wiki/Drogenkonsum_im_Iran) die meisten Menschen wegen Drogenvergehen hingerichtet. Trotzdem hat das Land fast doppelt so viele Drogentote pro Jahr zu beklagen wie Deutschland.

Schadensbegrenzung als bessere Alternative

Ein Ansatz, der sich als erheblich wirksamer herausgestellt hat, ist die sogenannte Harm Reduction, also die Schadensminimierung. Der Grundansatz besteht darin, die Gefahren des Konsums möglichst gering zu halten, große Ressourcen in die Prävention zu stecken und Abhängigen Alternativen anzubieten. Ganz praktisch geht es also beispielsweise darum, Drogenabhängigen Konsumräume zur

Verfügung zu stellen, ihnen saubere Spritzen zu geben oder Substitutionsprogramme anzubieten. Dieser Ansatz wird in Deutschland auch verfolgt, jedoch gibt es laut dem alternativen Drogenbericht noch erhebliches Verbesserungspotenzial.

Mit einem niedrigschwelligeren Zugang zu Substitutionsbehandlungen und der Einrichtung von Drogenkonsumräumen in allen Bundesländern, ließe sich die Zahl der Drogentoten nach Ansicht der Autoren weiter verringern. Ebenso fordern sie, das Medikament Naloxon flächendeckend für Opioidabhängige, deren Angehörige und alle Einrichtungen der Drogenhilfe bereitzustellen. Naloxon ist ein sogenannter Opioid-Antagonist, der die Wirkung von Opioiden wie Heroinaufhebt. Es kann im Fall einer Überdosierung als Nasenspray gegeben werden und so Leben retten. (<https://www.aidshilfe.de/meldung/bundesmodellprojekt-naltrain-startet-leben-rettend-naloxon>)

Neben der Harm Reduction wird ein weiteres Konzept immer intensiver und durchaus kontrovers diskutiert: Die Entkriminalisierung und kontrollierte Freigabe von weichen Drogen – zumindest von Cannabis, welches die Statistik der Rauschgiftdelikte seit jeher mit großem Vorsprung anführt. Experten haben die Hoffnung, dass eine kontrollierte Freigabe den Schwarzmarkt obsolet machen würde und eine Kontrolle im Sinne des Jugendschutzes so erst möglich wäre. Zudem würden so Staatsanwaltschaften und Polizei entlastet und erhebliche Steuereinnahmen generiert, wo man das Geschäft bisher Kriminellen überlässt.

Bernd Wense ist Mitbegründer des Center for Drug Research an der Goethe-Universität Frankfurt und Mitautor des alternativen Drogenberichts. Er betont, dass viele Probleme erst dadurch entstünden, dass Konsumenten in die Kriminalität gedrängt werden. „Ganz abgesehen davon, dass die willkürliche Kriminalisierung von Millionen Gelegenheitskonsumenten mit der gesellschaftlichen Realität kaum in Einklang zu bringen ist.“

Ist es also Zeit für eine generelle Wende in der Drogenpolitik? Würde eine kontrollierte Freigabe bestimmter Substanzen, eine Entkriminalisierung von Konsumenten, verbunden mit besserer Prävention und besseren Hilfsangeboten für Abhängige, der gesamten Gesellschaft zugutekommen? Diese Frage stellten sich bereits vor acht Jahren 122 Strafrechtsprofessoren, die eine Enquete-Kommission des Bundestags forderten, um die gegenwärtigen Gesetze auf den Prüfstand zu stellen. Passiert ist bislang wenig – spannend dürfte es hingegen in der nächsten Legislaturperiode werden. (<https://schildower-kreis.de/resolution-deutscher-strafrechtsprofessorinnen-und-professoren-an-die-abgeordneten-des-deutschen-bundestages/>)

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/232565969>

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurter-drogenbericht-die-gesundheit-kommt-nach-dem-profit-17439729.html>

Frankfurter Allgemeine Zeitung - FAZnet

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht, herausgegeben von Frankfurter Suchtforschern, fordert einen Mindestpreis für Alkohol. Er gibt Hinweise, wie eine nachhaltige und ganzheitliche Drogenpolitik aussehen könnte.

Wein und Bier sind in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern günstig. Knapp 50 Prozent weniger zahlt man hierzulande für [Wein](#), seit 2010 werden alkoholische Getränke in fast jedem Jahr erschwinglicher. Experten der Drogen- und Suchtforschung sehen das kritisch. Denn mehr als 40.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich an Alkohol. Der 8. Alternative Drogen- und Suchtbericht, der am Donnerstag veröffentlicht wurde,

paywall.....

GOETHE-UNI online – Aktuelle Nachrichten aus Wissenschaft, Lehre und Gesellschaft

15.07.2021

Alternativer Drogen- und Suchtbericht: Alkohol- und Tabakkontrollpolitik zu wenig auf gesundheitspolitische Belange ausgerichtet

Im 8. Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2021, herausgegeben von akzept e.V. und heute erschienen, steht die Alkohol- und Tabakkontrollpolitik im Fokus. Deutschland habe sowohl in Bezug auf die Alkohol- als auch auf die Tabakkontrollpolitik eine sehr industriefreundliche und wenig gesundheitspolitische Ausrichtung, kritisieren die Verfasser. Dr. Bernd Wense vom Centre for Drug Research an der Goethe-Universität (CDR) und Mitherausgeber des Berichts, plädiert im gemeinsamen Vorwort mit Prof. Heino Stöver für eine ganzheitliche und nachhaltige Drogenpolitik: „Am Beispiel des Schwerpunktthemas Alkoholkontrollpolitik werden die Versäumnisse der Vergangenheit deutlich: wir leben in einer sehr alkoholaffinen Gesellschaft; viele Möglichkeiten bleiben ungenutzt, um die vielfältigen Schäden auf mehreren Ebenen für die Konsumierenden, ihr Umfeld und die Gesamtgesellschaft abzuwenden.“ Die Gesellschaft leide unter den gesundheitlichen und sozialen Kosten, alkoholbezogene Unfälle, Gewalttaten, sexuelle Übergriffe und ähnliches seien mit großem Abstand die größten mit psychoaktiven Substanzen assoziierten Risiken im öffentlichen Raum, betonen die Herausgeber.

Ein weiteres Thema des Alternativen Drogen- und Suchtberichts ist die positive Entwicklung durch die Covid-19 Pandemie im Bereich der Opioidsubstitutionsbehandlung. Handlungsbedarf sehe man aber auf dem Feld der drogenbedingten Todesfälle in Deutschland; hier nehme seit 10 Jahren die Zahl kontinuierlich zu und habe im Jahr 2020 mit 1.581 Fällen einen neuen Höchstwert der letzten 20 Jahre erreicht. Deshalb wird im vorliegenden Bericht ein Maßnahmenplan für eine nachhaltige Reduktion drogenbedingter Todesfälle in Deutschland vorgestellt. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die Entwicklung von Verhältnisprävention bei legalen Drogen, die auf sehr niedrigem Niveau stagniere, während sich die Kriminalisierungsspirale bei illegalen Substanzen ungebremsst weiterdrehe.

akzept e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (www.akzept.eu) wurde im Frühjahr 1990 in Bremen gegründet. Es ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von Praktikern und Forschern, Professionellen und Patienten, Sozialarbeitern, Mediziner*innen, Juristen und drogenpolitisch engagierten Personen und Verbänden.

„Dass alle Drogen verschwinden sollen, ist nicht wünschenswert“

Stand: 15:48 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Frederik Schindler**
Politikredakteur



„Die Politik will sich zu häufig nicht mit der Realität auseinandersetzen, dass Menschen Drogen konsumieren“, sagt Heino Stöver

Quelle: picture alliance / Christoph Hardt/Geisler-Fotopress; picture alliance/dpa/ Oliver Berg; Getty Images/Johner Bildbyrå

2020 starben so viele Menschen an illegalen Drogen wie seit fast 20 Jahren nicht. Suchtforscher Stöver kritisiert, dass die Polizei „Jagd“ auf Konsumenten mache – und wirft der Politik Realitätsverweigerung vor. Alkohol und die „größte Killer-Droge“ Tabak würden verharmlost.

WELT: Herr Stöver, im vergangenen Jahr sind nach Regierungsangaben 1581 Menschen an illegalen Drogen gestorben – so viele wie seit 2001 nicht mehr. Woran liegt das?

Heino Stöver: Der Höchststand hat auch mit coronabedingten Herausforderungen (</politik/deutschland/article206884693/Drogen-in-Corona-Zeiten-Pandemie-fuer-Suechtige-besonders-bedrohlich.html>) zu tun. Viele Abhängige hatten zeitweise keinen Zugang zu Hilfeeinrichtungen, durch Abstandsregelungen konnten viele Plätze in Drogenkonsumräumen nicht besetzt werden. Solche Einrichtungen ermöglichen für Konsumenten in einer akuten Suchtphase einen hygienischen Konsum und leisten im Notfall sofort Erste Hilfe.

WELT: Wie können Drogentote verhindert werden?

Stöver: Drogenkonsumräume sind dafür die beste Möglichkeit. Allein in Frankfurt (<http://welt.de/230658891>) gibt es in den Druckräumen jährlich rund 300 bis 360 Fälle von Überdosen, bei denen die Menschen gerettet werden können. Entsprechende Einrichtungen gibt es allerdings nur in der Hälfte der Bundesländer.

In den anderen gilt offenbar, das nicht sein kann, was nicht sein darf. Die Politik will sich zu häufig nicht mit der Realität auseinandersetzen, dass Menschen Drogen konsumieren.

Zudem muss die Substitutionsbehandlung bei Abhängigen von Heroin und anderen Opioiden leichter zugänglich werden. Außerdem brauchen wir bundesweit eine massenhafte Abgabe des Notfallmedikaments Naloxon, das bei Opioid-Überdosierungen Leben rettet.

Bestenfalls sollten alle Opioidkonsumenten und ihr nahes Umfeld mit einem entsprechenden Nasenspray ausgestattet werden. Trotz breiter Evidenz wurde eine solche Vergabe bislang nur punktuell in Modellprojekten erprobt.

WELT: Noch nie sind in Deutschland mit 365.753 polizeilichen Ermittlungsverfahren so viele „Rauschgiftdelikte“ registriert worden wie 2020. Der kontinuierliche Anstieg beruht ganz überwiegend auf Delikten, bei denen nicht die Händler verfolgt werden, sondern die Konsumenten. Wie bewerten Sie das?

Stöver: Das ist eine traurige Bilanz. Mit diesen Kontrolldelikten kann man die eigene Aufklärungsrate relativ hoch halten. Bei 80 Prozent der Ermittlungsverfahren geht es um konsumnahe Delikte, also um Mengen im Grammbereich, die den Eigenbedarf betreffen. Die Polizei macht Jagd auf Konsumentinnen und Konsumenten. Die Zahlen der Delikte, die Schmuggel und Handel betreffen, stagnieren.

Wir brauchen hier eine grundlegende Neuorientierung, die nicht auf Strafverfolgung, sondern Entkriminalisierung des Eigenkonsums setzt. In Portugal werden Konsumenten lediglich an Drogenberatungsstellen verwiesen. Das hat den Effekt, dass in portugiesischen Gefängnissen die wenigsten Drogenabhängigen in der gesamten Europäischen Union sitzen.

WELT: Inklusive Alkohol und Tabak konsumiert die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland psychoaktive Substanzen, besagt eine Studie (https://www.researchgate.net/profile/Ludwig-Kraus/publication/335542810_Gebrauch_von_Alkohol_Tabak_illegalen_Drogen_und_Medikamenten_Schaetzungen_zu_Konsum_und_substanzbezogenen_S_von-Alkohol-Tabak-illegalen-Drogen-und-Medikamenten-Schaetzungen-zu-Konsum-und-substanzbezogenen-Stoerungen-in-Deutschland.pdf) auf Grundlage des Epidemiologischen Suchtsurvey (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/drogen-und-sucht/epidemiologie-des-suchtmittelkonsums/epidemiologischer-suchtsurvey.html>). Der Gebrauch wird völlig unterschiedlich bewertet.

Stöver: In der Tat handelt es sich um eine Doppelmoral. Tabak ist die größte Killerdroge in unserer Gesellschaft, über die am wenigsten geredet wird. Über 450.000 Menschen werden jährlich stationär aufgrund von tabakbedingten Störungen in Krankenhäusern behandelt, 127.000 sterben. Tabakbezogene Probleme kosten die Gesellschaft jährlich 97 Milliarden Euro.

Über Alkoholkonsum wird immer noch augenzwinkernd diskutiert, obwohl hierzulande 2,5 Millionen Menschen abhängig sind und jährlich 74.000 an alkoholbedingten Störungen sterben. Diese Zahlen sollten uns alarmieren. Wo ist der Aufschrei in der Politik?

WELT: Wie sollte die Politik den Konsum von Tabak ([/debate/kommentare/article207281311/Corona-Krise-Warum-Sie-gerade-jetzt-mit-dem-Rauchen-aufhoeren-sollten.html](https://www.welt.de/debatte/kommentare/article207281311/Corona-Krise-Warum-Sie-gerade-jetzt-mit-dem-Rauchen-aufhoeren-sollten.html)) und Alkohol kontrollieren?

Stöver: Die 340.000 Zigarettenautomaten müssen abgebaut werden. Es braucht konsequentere Nichtraucherschutzgesetze, eine Verteuerung von Zigaretten und neutrale Einheitsverpackungen ohne Markenlogos. Tabakrauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland.

Am durchschnittlichen Einkommen gemessen haben wir fast den billigsten Alkohol in Europa. Die inkonsistente Besteuerung gehört dringend auf den Prüfstand. Eine Flasche Wodka kann für Jugendliche eine Bombe sein, ist jedoch schon ab vier Euro zu haben.

Wir brauchen für psychoaktive Substanzen außerdem keine Werbung. In der Tabak- und Alkoholkontrollpolitik ist Deutschland ein Entwicklungsland. Die Politik packt diese Themen nicht an, da die Tabak- und Alkohollobby sehr stark ist.

WELT: Die Bundesregierung hat kurz vor Ende der Legislaturperiode die Tabaksteuer erhöht. Sollte es die Aufgabe des Staates sein, durch Steuern gesundheitsschädliches Verhalten zu regulieren?

Stöver: Auf jeden Fall. Allerdings wurde mit dem Tabaksteuermodernisierungsgesetz (<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2021/03/2021-03-24-tabaksteuermodernisierungsgesetz.html>) das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Durch die beschlossene Tabaksteuer auf E-Zigaretten werden Raucher nicht motiviert, auf das weitaus weniger schädliche Dampfen umzusteigen. Aus gesundheitspolitischer Sicht ergibt das keinen Sinn.

WELT: Die Bundesdrogenbeauftragte Daniela Ludwig (CSU) gilt als weniger ideologisch als viele Vorgänger. Teilen Sie diese Einschätzung?

Stöver: Ja. Sie setzt sich für eine Erweiterung der Substitutionsbehandlung und für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ein. Die klassischen Positionen der Christsozialen hat sie am weitesten ausgelotet, das ist erfreulich.

Grundsatzprobleme wie die Felder Alkohol und Tabak rührt allerdings auch Ludwig nicht an. Wenn wir die größten Gefahren und Schäden abwehren wollen, müssen wir zuallererst über diese Drogen reden. Es braucht eine Strategieänderung in der Drogenpolitik.

WELT: Wie sollte diese Strategieänderung aussehen?

Stöver: Eine gute Drogenpolitik sollte ganzheitlich und evidenzbasiert sein. Wir müssen aufgeben, über „Drogen und Alkohol“ zu reden, das ist absoluter Unfug. Ziel sollte sein, problematischen Drogenkonsum zu vermindern. Dass alle Drogen verschwinden sollen, ist eine völlig unrealistische und auch nicht wünschenswerte Vorstellung.

Solange nicht Dritte geschädigt werden, sollte das Strafrecht keine Rolle spielen. Für Cannabis sollte es Fachgeschäfte geben, in denen lizenzierte Verkäufer unter Wahrung des Jugend- und Verbraucherschutzes ihre Waren anbieten.

WELT: Und danach dann für Kokain und Heroin – oder wie?

Stöver: Fachgeschäfte wären auch für andere Drogen vorstellbar. Die von Ihnen genannten Substanzen, die ein noch höheres Suchtpotenzial besitzen, sollten allerdings eher in Apotheken vergeben werden. Suchtkranken sollte bereits jetzt niedrigschwelliger geholfen werden. Bei der weichen Droge Cannabis braucht es einen Paradigmenwechsel (<http://welt.de/230032901>). Dort sollte der Freizeitgebrauch legalisiert werden.

WELT: Wie könnte im Sinne der Schadensminimierung der bestmögliche Jugend- und Verbraucherschutz ermöglicht werden?

Stöver: Ein Dealer lässt sich jedenfalls keinen Personalausweis zeigen, da gibt es keinen Jugendschutz. Der illegale Markt ist für die Konsumenten deutlich gefährlicher. Substanzanalysen in Frankfurter Drogenkonsumräumen zeigten eine Schwankung des Reinheitsgehalts des Heroins zwischen zwei und 48 Prozent.

Wenn ein Konsument daran gewöhnt ist, zweiprozentiges Heroin zu konsumieren und dann plötzlich an 48-prozentiges Heroin gerät, hat das wahrscheinlich tödliche Folgen. Damit Verbraucher eine gute Orientierung haben, müssen sie wissen, was sie konsumieren.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/232620673>

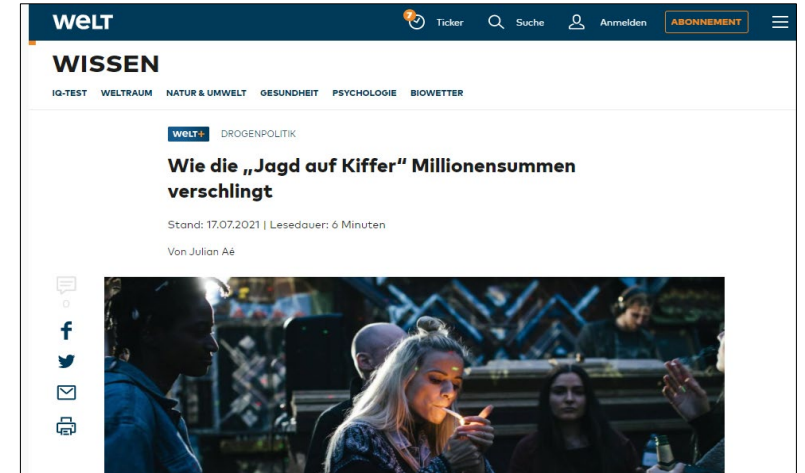


Medienauswertung der Vorstellung des Alternativen Drogen- und Suchtberichts am 15.07.2021

Schwerpunkt: Thema Alkohol – aus gesundheitlicher wie politischer Sicht

Media Clippings

Zahlreiche überregionale Berichterstattung, u.a. FAZ, WELT und junge welt



<https://www.welt.de/wissenschaft/plus232565969/Drogen-politik-Mehr-Schaden-als-Nutzen.html?>

<https://www.psychologie-aktuell.com/news/aktuelle-news-psychologie/news-lesen/alternativer-drogen-und-suchtbericht-2021-die-deutsche-politik-ist-industriefreundlich-zulasten-der.html>

<https://www.sigmagazine.it/2021/07/francoforte-rapporto/>

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurter-drogenbericht-die-gesundheit-kommt-nach-dem-profit-17439729.html>

<https://blogs.taz.de/drogerie/2021/07/16/alternativer-drogen-und-suchtbericht-2021/>

<https://aktuelles.uni-frankfurt.de/gesellschaft/alternativer-drogen-und-suchtbericht-alkohol-und-tabakkontrollpolitik-zu-wenig-auf-gesundheitspolitische-belange-ausgerichtet/>

<https://healthnewsnet.de/news-2/alternativer-drogen-und-suchtbericht-experten-fordern-drastische-veraenderungen-der-politik-24226/>

Ausspielung in Sozialen Medien

Breite Twitteraktivität SOL Prof. Stöver



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · 5h

Auch in der italienischen Presse wird die Veröffentlichung des Alt. Drogen- und Suchtberichts aufgenommen. Pierluigi Mennitti (@_alexanderplatz) geht dabei insbesondere auf die verfehlte und überhöhte Besteuerung von #EZigaretten ein. Grazie per il rapporto equilibrato!

2 10 41



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16

Auch die @jungewelt widmet dem Alt. Drogen- und Suchtbericht 2021 einen Artikel. Beim #Alkohol und #Tabak findet gesundheitspolitisch keine Steuerung in die richtige Richtung statt. Bei anderen Substanzen wird aber "die große Keule geschwungen".

4 17 87



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16

Danke für den Beitrag!



o. Henning Kaiser/dpa

Widersprüchlicher Umgang
Bei Konsum illegaler Drogen schwingt der Staat weiter die große Keule
jungewelt.de

1 3 32



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16

Zwischenbilanz zur Initiative 100.000 Substituierte bis 2022 im aktuellen Alternativen Drogen- und Suchtbericht; Deutschland mit 81.700 im oberen Drittel im Vergleich mit den Nachbarländern. Ärzte müssen besser eingebunden werden. @Clauditheonly @germandrugusers @Aidshilfe_de

1 4 18



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16

"Die Lenkungswirkung droht sich als Lenkung der Dampfer*innen zurück zur viel schädlicheren Verbrennungszigarette zu entpuppen." Bernd Wersé und ich bewerten die #Tabaksteuer auf #EZigaretten im ADSB als gesundheitsgefährdenden Widerspruch in der Steuerpolitik. @CDR_FFM

8 36 84



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16

127.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich an #tabakbedingten Erkrankungen und eine bessere Regulierung des #Alkoholkonsums ist notwendig. Die @FAZ_NET berichtet zu unserer gestrigen Pressekonferenz zum Alternativen Drogen- und Suchtbericht. #HarmReduction #quitsmoking


Frankfurter Allgemeine gesamt @FAZ_NET · Jul 16

Der 8. Alternative Drogen- und Suchtbericht, herausgegeben von Frankfurter Suchtforschern, sieht die aktuelle Drogen- und Suchtentwicklungen kritisch. Er zeigt, wie eine nachhaltige und ganzheitliche Drogenpolitik aussehen könnte, schreibt Hanna Koban. faz.net/aktuell/rhein...

1 10 34

Ausspielung in Sozialen Medien


Breite Twitteraktivität SOL Prof. Stöver



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16 ...

Intern. Gedenktag für verstorbene [#Drogengebraucher](#)*innen: Viele Drogengebraucher*innen, Angehörige, Mitarbeiter*innen in [#Aids](#)- und Drogenhilfen sowie Ärzt*innen haben in den zurückliegenden Jahren Menschen durch eine [#Überdosis](#) oder Erkrankung verloren#<https://t1p.de/dxq9>


1 6 31



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16 ...

Es gilt Strategien zu entwickeln, wie man den Tod vieler tausend Menschen, die aufgrund des Konsums illegalisierter Substanzen verstorben sind, vermeiden will. [@germandrugusers](#) und ich stellen einen Maßnahmenplan gegen opioidbedingte Todesfälle vor. [@Aidshilfe_de](#)

1 17 67



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 16 ...

ADSB # 8: bit.ly/3z7cwm7

11



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 15 ...

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht 2021 zeigt auf, dass Deutschland in der [#Alkohol](#)- und [#Tabakkontrollpolitik](#) eine sehr industriefreundliche u. wenig gesundheitspolitische Ausrichtung hat. Beiträge zeigen den hohen Preis, den wir dafür zahlen müssen!t1p.de/w6d7

3 20 62



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 15 ...

Beim Thema "[#Cannabis](#) als [#Medizin](#)" ist ein Umdenken in der [#Drogenpolitik](#) unbedingt notwendig. Was jetzt getan werden muss haben Ingo Ilja Michels, Kirsten R. Müller-Vahl, Franjo Grotenhermen, Bernd Wersé und ich im aktuellen ADSB aufgeschrieben. [#Legalizeit @CDR_FFM](#)

2 25 125



Prof. Heino Stöver, PhD @HeinoStoever · Jul 15 ...

Der Bericht kann hier abgerufen werden: alternativer-drogenbericht.de/wp-content/upl...



8 25

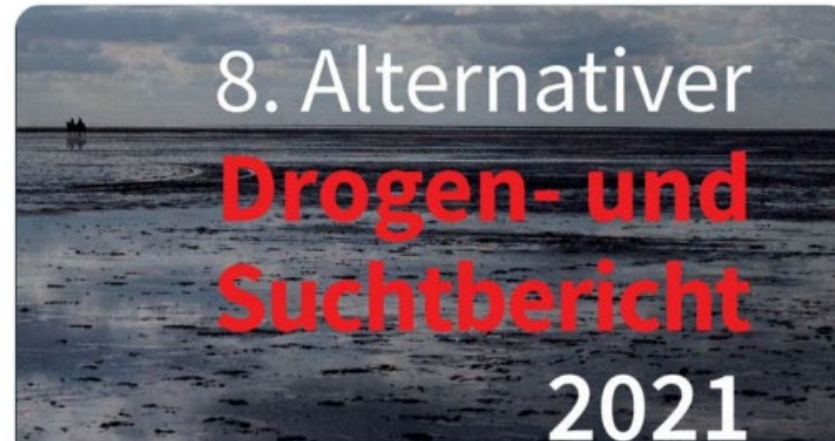
Weitere wichtige Meinungsführer (BfTG)



BfTG @BfTG_DE · 2 Min.

Alternativer Drogen- und Suchtbericht zur Liquidsteuer:

„Statt einer Einstiegsbarriere für Jugendliche in den Nikotinkonsum stellt die geplante Besteuerung von #EZigaretten also vielmehr eine Einstiegsbarriere für umstiegswillige Raucher*innen dar.“



"Besteuerung am Risiko ausrichten" - 8. Alternativer Drogen- und Such...
Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2021 kritisiert E-Zigarettensteuer-
gesetz. Besteuerung wird nicht am Risiko ausgerichtet.

[tabakfrei.org](https://www.tabakfrei.org)

<https://t.co/dWnyl69NpC> / Twitter

Weitere wichtige Meinungsführer (VdeH)



VdeH_Verband
@VdeH_Verband

...

Im Alternativen Drogen- und Suchbericht 2021 verdeutlicht [@HeinoStoever](#) die Auswirkungen falscher Politik. Das Potential der [#eZigarette](#) für die [#HarmReduction](#) wird ignoriert. Stattdessen drängt man mit einer fatalen Steuer die Nutzer zurück zum Tabak. bit.ly/2TdezWy

[VdeH_Verband auf Twitter: "Im Alternativen Drogen- und Suchbericht 2021 verdeutlicht @HeinoStoever die Auswirkungen falscher Politik. Das Potential der #eZigarette für die #HarmReduction wird ignoriert. Stattdessen drängt man mit einer fatalen Steuer die Nutzer zurück zum Tabak. https://t.co/NX7HLdo6jN https://t.co/mytocQF0IT" / Twitter](https://t.co/NX7HLdo6jN)



Weitere wichtige Meinungsführer (BVRA)

[\(22\) BVRA auf Twitter: "Ingesamt wie immer wertvoll und erheblich besser und detaillierter als der offizielle Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung. Ab S. 75 geht es um das TabStMoG, wo wir als BVRA auch verschiedentlich zitiert werden. Leseempfehlung!" / Twitter](#)

♥ Norbert Zillatron gefällt das

 **BVRA** @BVRAeV · 53 Min. ...

Ingesamt wie immer wertvoll und erheblich besser und detaillierter als der offizielle Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung. Ab S. 75 geht es um das TabStMoG, wo wir als BVRA auch verschiedentlich zitiert werden. Leseempfehlung!

 **Prof. Heino Stöver, PhD** @HeinoStoever · 1 Std.

Hier kann der Bericht abgerufen werden:
alternativer-drogenbericht.de/wp-content/upl...

[Diesen Thread anzeigen](#)



🗨️ 4 ❤️ 9 📌

Weitere wichtige Meinungsführer (DampfFreiheit)

[\(23\) DampfFreiheit DE](#) auf
Twitter: "Prof. Stöver veröffentlicht
8. Alternativer Drogen- und
Suchtbericht 2021 Große Kritik am
#TabStMoG!
<https://t.co/oWP3I6iwin> #ezigarette
#ecigs #dampfen #rauchfrei
#THRworks #IchDampfIchWaehle
#StoppTabStMoG Credits:
[@HeinoStoever](#) / Twitter



DampfFreiheit    
@DampfFreiheit

...

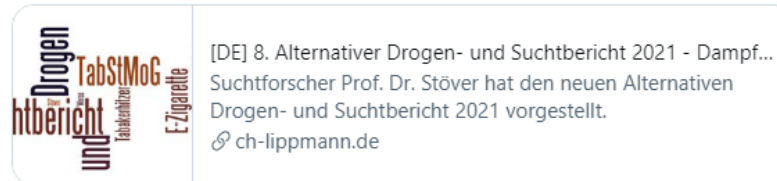
Prof. Stöver veröffentlicht 8. Alternativer Drogen- und
Suchtbericht 2021

Große Kritik am [#TabStMoG!](#)

tinyurl.com/9atpftka

[#ezigarette](#) [#ecigs](#) [#dampfen](#) [#rauchfrei](#) [#THRworks](#)
[#IchDampfIchWaehle](#) [#StoppTabStMoG](#)

Credits: [@HeinoStoever](#)



5:01 nachm. · 15. Juli 2021 · Twitter Web App

3 Retweets 3 „Gefällt mir“-Angaben